

Jenseits der Plattformlogik

Wege zu demokratischen digitalen Öffentlichkeiten.
 Von Markus Beckedahl

Anfang 2025 waren es Bilder, die nicht nur die digitale Welt erschüttert haben: Die reichsten und mächtigsten Menschen der Welt stellen sich demonstrativ hinter einen autoritären Herrscher – einen, der offen daran geht, die US-Demokratie zu beschädigen und damit auch die globale Ordnung ins Rutschen zu bringen.

Was bedeutet das für uns? Wir erleben gerade einen globalen Trend, der sich nicht mehr wegmoderieren lässt: Der Rechtsruck schreitet voran – politisch, gesellschaftlich, technologisch. Und ein zentrales Element dabei ist der Aufbau neuer Gegenöffentlichkeiten im Netz. Rechtspopulisten – und zunehmend Rechtsradikale – nutzen digitale Kanäle und ihre Mechanismen gezielt, um journalistische Medien zu umgehen und selbst zu Sendern zu werden. Sie spielen nicht mehr nur „gegen die Medien“. Sie bauen ihre eigenen Medienwelten – mit eigenen Narrativen, eigener Empörung, eigener Taktung.

Auch in Deutschland hat sich am rechten Rand ein neues mediales Ökosystem gebildet, das eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Extremismus erfüllt. Es reicht von „Nius“ bis zur „Welt“ und wenn man sich Eigentümerstrukturen und Netzwerke ansieht, findet man auch bei uns Tech-Oligarchen und finanzielle Macht im Hintergrund. Verstärkt wird dieses Ökosystem durch zahllose Nutzer:innen auf großen Plattformen, die sich dort algorithmisch gegenseitig hochschaukeln.

zuRechtgerückt Communicatio Socialis

Markus Beckedahl ist Publizist mit IT-Hintergrund. Bekannt wurde er als Gründer und Chefredakteur des Blogs Netzpolitik.org und Mitbegründer der Konferenz re:publica. 2025 startete er das Zentrum für Digitalrechte und Demokratie gGmbH.

Das Ergebnis ist eine schleichende, aber systematische Diskursverschiebung nach Rechtsaußen. Die Tech-Oligarchen aus dem Silicon Valley stellen dafür die Infrastruktur bereit – teilweise bewusst, teilweise aus Gleichgültigkeit, oft aus Profitinteresse.

Damit sind wir beim nächsten Punkt: Wir erleben eine extreme Machtkonzentration im Digitalen. Wenige Unternehmen – teilweise in der Hand einzelner Menschen – kontrollieren unsere Kommunikationsräume. Sie beeinflussen, wie wir uns informieren, worüber wir diskutieren und welche Themen überhaupt als „relevant“ gelten. Diese Plattformen sind längst keine neutralen Kanäle mehr. Sie sind Gatekeeper, Zensoren und Architekten des Diskurses – getrieben von Geschäftsmodellen und nicht selten auch von den ideologischen Launen einzelner Milliardäre. Und das hat Konsequenzen.

Was, wenn alles kippt?

Wir müssen aufhören, Dystopien als hypothetisch zu behandeln. Die Realität hat die Fiktion oft längst eingeholt. Was passiert, wenn Plattformen journalistische und politische Inhalte noch gezielter diskriminieren – algorithmisch oder manuell? Was passiert, wenn der Rechtsruck weiter voranschreitet und die Pressefreiheit auch bei uns systematisch beschnitten wird? Was, wenn

Die autoritären Playbooks liegen offen vor uns. Die USA zeigen derzeit, wie schnell demokratische Institutionen untergraben werden können.

Informationsfreiheitsgesetze, Pressegesetze, Datenschutzstandards „abgeräumt“ werden – in einem Klima der Gleichgültigkeit oder des Zynismus?

Die autoritären Playbooks liegen offen vor uns. Die USA zeigen derzeit, wie schnell demokratische Institutionen untergraben werden können. Ungarn hat es früher gezeigt. Polen auch. Nur war da oft eine Sprachbarriere – und ehrlich gesagt auch unser Desinteresse. Dabei gab es vor fast genau zwölf Jahren schon einmal ein kurzes Momentum, in dem vielen klar wurde: Wir haben ein strukturelles Problem. Die Snowden-Enthüllungen dokumentierten, wie Big Tech mit US-Geheimdiensten kooperiert und damit ein System der Massenüberwachung stützt. In Deutschland gab es zwei Wochen lang Empörung – besonders, als herauskam, dass auch das Merkel-Handy überwacht wurde. Obama versprach ihr kurz danach, zumindest das nicht mehr abzuhören, und dann war die Debatte im Kern vorbei: die Debatte darüber, wie wir eigene, unabhängige digitale Infrastrukturen aufbauen, ohne eingebaute Schnittstellen zu NSA und Co.

Stattdessen ging Business as usual weiter – nur erweitert um eine neue Standardfrage: Auf welchem der drei großen US-Hyperscaler, Amazon, Microsoft oder Google, betreiben wir künftig unsere Cloud? Das ist bis heute die Kernfrage vieler Unternehmen und Verwaltungen. Und das, obwohl der US-Cloud-Act US-Unternehmen – und auch ihre Töchter bei uns – in die Pflicht nehmen kann, mit US-Behörden und Geheimdiensten zu kooperieren.

Ein Beispiel, wie schnell es konkret wird

Ich war lange ein großer Fan von Twitter, fast seit den Anfangstagen. In den besten Zeiten hatte ich über 400 000 Follower. Heute poste ich dort nichts mehr. Seit der Übernahme ist aus Twitter das geworden, was viele befürchtet hatten: eine Plattform, bei der Inhalte, Reichweiten und Sichtbarkeit manipuliert werden – im Dienst der geschäftlichen und ideologischen Interessen eines Einzelnen.

Unzählige Analysen und Enthüllungen zeigen, dass Musk seinen eigenen Account algorithmisch bevorzugt hat. Das ist Machtmissbrauch und ein Angriff auf demokratische Diskurse. Und es ist kein Einzelfall. Die Facebook-Whistleblowerin Sarah Wynn-Williams dokumentiert in ihrem Buch „Careless People“ Diskussionen im Facebook-Board, in denen darüber gesprochen worden sein soll, in Ländern wie Deutschland die AfD zu „boosten“, um ein besseres Regulierungsklima zu schaffen. Im Board damals dabei: die rechtsradikalen Tech-Oligarchen Peter Thiel und Marc Andreessen. Woher wissen wir eigentlich, dass so etwas nicht längst passiert ist – subtil, testweise, über Stellschrauben, die niemand von außen sauber nachprüfen kann?

Zurück zu X: Viele bleiben trotzdem. Aus Angst, vermeintliche Relevanz zu verlieren. Politiker:innen bleiben, weil Journalist:innen dort sind. Journalist:innen bleiben, weil Politiker:innen dort sind. Ein toxischer Kreislauf der gegenseitigen Bestätigung. Dabei gäbe es eine Exit-Strategie, die wehtut, aber funktioniert: nicht mehr referenzieren. Nicht mehr einbetten. Nicht mehr so tun, als sei das der Ort, an dem „die Öffentlichkeit“ stattfindet. Politiker:innen posten in der Regel auch auf anderen Plattformen. Wir könnten X schrittweise die vermeintliche Bedeutung entziehen – wenn wir wollten.

Und dann kam Anfang 2026 die nächste Entwicklung: Zumindest in den USA hat ein Konsortium rund um Larry Ellison

*Politiker:innen bleiben bei X,
weil Journalist:innen dort sind.
Journalist:innen bleiben,
weil Politiker:innen dort sind.*

und Oracle die US-Version von TikTok übernommen. Ellison war einer der größten finanziellen Unterstützer der Twitter-Übernahme. Man kann das als eine Form digitaler Gleichschaltung lesen: Zentrale digitale Öffentlichkeiten geraten unter Kontrolle Trump-naher Oligarchen. Wer die Kontrolle hat, kann entscheiden, welche Inhalte sichtbar werden und welche nicht. Und wenn dieselben Besitzer gleichzeitig gute Regulierung verhindern, dann haben sie doppelt Macht: über die Infrastruktur – und über die politischen Spielräume.

Europa reguliert – aber reicht das?

Natürlich gibt es in Europa Fortschritte: Digital Services Act (DSA) und Digital Markets Act (DMA). Endlich Regeln. Endlich ein Gegenmodell zur Selbstregulierung, die in Wahrheit oft regulierungsfrei war. Aber bisher ist das kein Grund zum Feiern.

Beim DSA erleben wir zaghafte Durchsetzungen – auffällig oft gegen Porno-Plattformen und TikTok. Bei den „großen“ DMA-Fällen gegen Apple und Meta musste die EU-Kommission handeln, weil sie es ein Jahr zuvor angekündigt hatte: ein Auto-

matismus, kein Mut. Und vor allem zeigt sich ein demokratietheoretisches Problem in der Praxis: Die EU-Kommission ist gleichzeitig Regulierungsbehörde und Handelsakteur. Sie verhandelt über Zölle – und soll gleichzeitig digitale Macht begrenzen und demokratische

Der AI Act wird geschwächt, bevor er überhaupt Wirkung entfalten kann, unter dem Deckmantel der „Entbürokratisierung“.

Öffentlichkeiten schützen. Was passiert, wenn es zum Zielkonflikt kommt, wonach es gerade aussieht? Tauschen wir demokratische Prinzipien gegen weniger Autozölle? Hinzu kommt: Der Rechtsweg zur Durchsetzung teilweise unklarer Regeln kann Jahre dauern. In dieser Zeit kann die Welt noch ein gutes Stück weiter brennen.

Beim Datenschutz ist die Lage nicht besser. Die DSGVO wäre stärker, wenn sie konsequent durchgesetzt würde. Zuständig ist aber häufig Irland, und Irland verdient gut daran, dass Big Tech dort sitzt. Das Ergebnis: Verzögerungen, Untätigkeit, politische Rücksichtnahmen. Und frustrierte Datenschutzbehörden in anderen Mitgliedstaaten, die dabei zusehen müssen, wie Verfahren versanden.

Und dann ist da noch der AI Act. Kein perfektes Gesetz – aber besser als nichts. Doch auch er wird gerade geschwächt, bevor er überhaupt Wirkung entfalten kann, unter dem Deckmantel der „Entbürokratisierung“. Man nennt es Deregulierung.

Wir brauchen mehr als das

Das reicht alles nicht. Wir brauchen weitere Regeln – und zwar solche, die an die Logik digitaler Öffentlichkeiten herangehen. Warum schreiben wir nicht vor, dass algorithmische Filtersysteme transparent und nachvollziehbar sein müssen? Warum wird weiterhin toleriert, dass Plattformen Links aus ihrem Ökosystem heraus blockieren oder zumindest algorithmisch bestrafen? Warum gibt es noch keine deutlich besseren Gesetze zum Schutz vor Deepfakes, die immer öfter auch gegen Journalist:innen eingesetzt werden und damit Pressefreiheit indirekt angreifen, weil sie Vertrauen zerstören? Und warum dürfen Plattformen, auf denen das verbreitet wird, so oft einfach mit den Schultern zucken?

Und ja: Natürlich sollte man sie zerschlagen – die Googles, Amazons, Microsofts und Metas. Weil sie zu groß und zu mächtig geworden sind. Weil sie über mehrere Märkte monopolartige Strukturen geschaffen haben. Weil sie Wettbewerb behindern. Und weil sie Demokratie gefährden.

Die eigentliche Frage

Die zentrale Frage lautet: Können wir uns überhaupt noch vorstellen, dass demokratische Öffentlichkeiten auch online existieren – jenseits von Big Tech? Oder haben wir längst akzeptiert, dass Mark Zuckerberg die digitalen Straßen besitzt und morgen entscheiden kann, dass auf dem linken Bürgersteig nur noch rückwärts gelaufen werden darf?

Wir brauchen Alternativen. Und wir brauchen sie rasch. Was wir brauchen, sind digitale Öffentlichkeiten jenseits der Plattformlogik: Räume für Debatten, Austausch und Information, die nicht darauf optimiert sind, unsere Aufmerksamkeit durch endlose Dopamin-Kaskaden zu fesseln. Öffentlichkeiten, die nicht privatisiert sind, sondern gemeinwohlorientiert. Gestützt auf offene Standards, demokratisch kontrolliert, staatsfern finanziert und betrieben.

Diese Infrastrukturen fallen nicht vom Himmel. Sie brauchen Investitionen. Sie brauchen politische Unterstützung. Und sie brauchen eine Vision.

Ein Hoffnungsschimmer: der öffentlich-rechtliche Rundfunk

In einer idealen Welt wäre der öffentlich-rechtliche Rundfunk genau der Ort, an dem solche digitalen Infrastrukturen entstehen. Würde man ihn heute neu denken, müsste Technologieneutralität ins Zentrum. Und ja: Es gibt erste Ansätze.

Der Public Spaces Incubator bringt Medienhäuser und Entwickler:innen zusammen. Die Mediatheken bauen ein gemeinsames Open-Source-Ökosystem. Erste Nutzendenkonten auf vertrauenswürdiger Infrastruktur – nämlich in den Mediatheken – entstehen. Langsam, vielleicht zu langsam. Und mit viel zu wenig Geld. Aber immerhin: Es bewegt sich etwas.

Ich glaube auch: Eine „europäische Plattform“ kann Sinn ergeben – aber anders gedacht. Wenn medienpolitisch von einer europäischen Plattform die Rede ist, meinen viele ein europäisches Facebook oder Twitter: ein Monolith, der auf dem Weg dorthin garantiert endlos zerredet wird. Das ist nicht die Lösung.

Was wir brauchen, ist kein Kathedralenbau, sondern ein digitaler Bazar: ein vernetztes, dezentrales System auf offenen Protokollen wie ActivityPub oder ATPRoto, dem Protokoll hinter Bluesky. Dazu Kommentar- und Diskursfunktionen in Mediatheken – warum müssen wir das derzeit auf YouTube oder Facebook tun? Dazu Verbindungen ins Fediverse, mit Mastodon, PeerTube & Co., offenen Protokollen sei Dank. Die Mediatheken könnten eine Grundlage sein: mit Millionen Nutzer:innenkonten, die auf Datenschutz verpflichtet sind, und mit einer Infrastruktur, die nicht vom Wohlwollen einzelner Milliardäre abhängt.

Wir als digitale Zivilgesellschaft – mit vielen unterschiedlichen Organisationen – haben ein gemeinsames Kommunikationsproblem.

Warum ich das schreibe – und was wir jetzt tun

Ich habe 20 Jahre lang netzpolitik.org aufgebaut und betrieben. Was als kleines Blog und Hobbyprojekt gestartet ist, ist heute eine feste Redaktion mit fast 20 Personen. In den letzten Jahren ist mir stärker bewusst geworden: Wir als digitale Zivilgesellschaft – mit vielen unterschiedlichen Organisationen – haben ein gemeinsames Kommunikationsproblem.

Wir bekommen unsere Themen, die eigentlich alle betreffen sollten, nicht ausreichend in die Breite. Wir schaffen es zu selten, vielen Menschen zu erklären, wie sie persönlich von politischen und technischen Entscheidungen betroffen sind.

Gleichzeitig gibt es im Journalismus eine riesige Vermittlungsebene zur Bevölkerung – und viele Journalist:innen sind überfordert von den technologischen und politischen Zusammenhängen. Sie sind Generalist:innen und müssen häufig mit zu wenig Zeit digitale Entwicklungen einordnen. Viele empfinden dabei etwas, das man „intellektuelle Scham“ nennen könnte: Sie trauen sich nicht zuzugeben, dass sie nicht alles verstehen, und

sie finden nicht immer schnell Ansprechpartner:innen, die helfen, das einzuordnen, was gerade passiert.

Genau hier setzt das von mir neu gegründete Zentrum für Digitalrechte und Demokratie an. Wir wollen zu einer informierteren Debatte beitragen, indem wir Themen und Ereignisse zeitnah aufbereiten und erklären – damit Redaktionen besser verstehen, was da gerade passiert. Und wir wollen gleichzeitig besser vermitteln, wie unterschiedliche Zielgruppen – junge Menschen genauso wie 70-Jährige – von Entscheidungen betroffen sind. Denn bessere Berichterstattung ist nicht nur ein Medienproblem. Sie ist eine demokratische Infrastrukturfrage.

Wir sind mit einem kleinen Team und einer kleinen Grundfinanzierung gestartet. Das Ziel ist, die Mission langfristig durch Spenden zu finanzieren.

Und trotz allem: Ich bin immer noch davon überzeugt, dass eine bessere digitale Welt möglich ist.

*Und trotz allem:
Ich bin immer noch davon überzeugt,
dass eine bessere digitale Welt
möglich ist.*
